



Protokollauszug zum STADTTEILAUSSCHUSS HOHENECK

am Donnerstag, 13.11.2014, 16:02 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1 **Haushaltsberatungen 2015 in den Stadtteilausschüssen**

Beratungsverlauf:

Herr Kistler (FB Finanzen) erläutert den Haushaltsplan für das Jahr 2015.

Der Haushaltsplan 2015 stelle den zweiten doppischen Haushalt mit nun zwei Spalten dar, sodass ein Vergleich mit dem laufenden Jahr möglich sei. Herr Kistler verweist auf die Unterlagen, die einen Vorbericht mit Grafiken, den Gesamtergebnis- und Gesamtfinanzhaushalt sowie den stadtteilbezogenen Finanzplan enthalten.

Es gebe momentan eine positive Steuerentwicklung in Baden-Württemberg und der Bundesrepublik, jedoch mit schwächeren Konjunkturdaten der Novembersteuerschätzung. Die Gewerbesteuer stagniere auf hohem Niveau, dennoch werde der Gewerbesteueransatz im Jahr 2015 von 75 Millionen auf 70 Millionen Euro gesenkt. Die Orientierungsdaten für die Jahre 2015 und folgende würden eine positive Entwicklung aufzeigen. Einflussfaktoren seien allerdings die Exportkrise, die Wachstumsschwäche in der Währungsunion und die Ukraine/Russland- Krise. Herr Kistler erörtert den Ergebnishaushalt, der dem bisherigen Verwaltungshaushalt entspreche. Es gebe steigende Aufwendungen durch neue Einrichtungen (Kindertagesstätten, Schulen, Museum etc.), neue Aufgaben (z. B. Kommunalen Ordnungsdienst) und steigende Fallzahlen. Die Stadt wolle daher 42,5 neue Stellen mit Schwerpunkt im Bildungs- und Betreuungsbereich schaffen. Die derzeitigen Ausgabensteigerungen seien höher als die zusätzlichen Steuereinnahmen. Diese Tatsache stelle eine große Herausforderung für die Stadt Ludwigsburg dar. Bislang würden große Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung unternommen. Ein Ausgleich des Ergebnishaushalts sei nur durch eine Erhöhung der Grundsteuer um 30 Hebesatzpunkte und eine Globale Minderaufwendung zu erreichen. Die Entwicklung der Finanzen der Kommunen sei bedenklich, da es einen Liquiditätsabbau gebe. Das Problem von Ludwigsburg sei nicht die Finanzierung von Investitionen, sondern das strukturelle Defizit im laufenden Bereich des Ergebnishaushalts. Im Finanzhaushalt gebe es ein ehrgeiziges Investitionsprogramm für die nächsten vier Jahre mit einem Volumen von 100 Millionen Euro. Schwerpunkte würden unter anderem der Neubau von Schulräumen und Räume für die Ganztagesbetreuung, die Gemeinschaftsschule Innenstadt, die Sanierung des Goethe-Gymnasiums, der Umbau des (alten) Museums zur Bibliothek, der Ausbau der Betreuung für unter Dreijährige, das Umfeld Marstall-Center, die Stadtteilaufwertungen (Grünbühl-Sonnenberg, Neckarweihingen, Poppenweiler), das Entwicklungsgebiet Ost, die Zentrale Innenstadtentwicklung (ZIEL), Radwege, Straßen (Comburgstraße, Asperger Str., Brücke/Radweg Neckarterrasse, Westrandstraße, Mörikestr., Alt-Württemberger-Allee etc.) bilden. Zusammengefasst bestehe ein Zahlungsmittelbedarf für 2015 von rund 29 Millionen Euro mit einem hohen Anteil von bereits beschlossenen und laufenden Maßnahmen. Eine Finanzierung sei aus der vorhandenen Liquidität möglich, der Zahlungsmittelbedarf für 2014 sei voraussichtlich geringer als die geplanten 27 Millionen Euro. Viele der geplanten Maßnahmen seien noch nicht durchfinanziert und der Gemeinderat müsse hier eine Priorisierung vornehmen. Herr Kistler geht anschließend auf die verschiedenen

Investitionsmaßnahmen für den Stadtteil Hoheneck ein. Den Mitgliedern des Stadtteilausschusses liegt hierzu ein entsprechender Auszug des Finanzplans und Investitionsprogramms 2014 bis 2018 vor.

Von Seiten der Mitglieder des Stadtteilausschusses bestehen keine Fragen zu diesem Tagesordnungspunkt.

TOP 2

**Anfragen des Mitglieds Lothar Willner im
Stadtteilausschuss Hoheneck**
**- Tierheim Ludwigsburg, Kugelberg - aktuelle
Entwicklung**
- Erneuerung Kunstrasenplatz - aktueller Stand
**- Renaturierung Neckarufer / Slipanlage der
Feuerwehr - aktueller Stand**

Vorl.Nr. 412/14

Beratungsverlauf:

- Tierheim Ludwigsburg, Kugelberg – aktuelle Entwicklung, Vorl. Nr. 412/14

Herr **Veselaj** (FB Stadtplanung und Vermessung) berichtet anhand einer Präsentation über den aktuellen Sachstand. Im Ausschuss für Bauen, Umwelt und Technik vom 13.09.2012 sei die Verwaltung aufgefordert worden einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan aufzustellen, um eine Verbesserung der Verhältnisse für Tier und Mensch zu erreichen unter Berücksichtigung der Aspekte des Lärmschutzes und des Tierschutzes. Um dies zu erreichen gebe es zwei Varianten, entweder die Erweiterung im Bestand unter Berücksichtigung des Lärmschutzes oder der Kauf des Nachbargrundstücks. Zu beachten sei die Frage der schützenswerten Nachbarschaft nach der Technischen Anordnung Lärm. Die Einordnung der Nachbarn nördlich und östlich sollten wie in einem Mischgebiet erfolgen und die der Nachbarn südlich als Gewerbegebiet. Dabei gebe es Messwerte bei den Nachbargrundstücken nördlich von neun dB(A), östlich von fünf bis sechs dB(A) und bei den südlichen Grundstücken würden die Werte eingehalten. Bei der ersten Variante müsste in einem Abstand von 20 Metern und einer Höhe von neun bis zehn Metern eine Lärmschutzwand errichtet werden. Im Falle der zweiten Variante würde das nördlich gelegene Gebäude zu einem Büro- und Sozialgebäude umfunktioniert. Im Verlauf des Projekts erklärte sich der Nachbar bereit sein Grundstück zu verkaufen, sodass kein Bebauungsplan aufgestellt werden müsse.

Mitglied **Willner** möchte den Stand des Lärmschutzgutachtens wissen.

Herr **Veselaj** erklärt, dass eine Voruntersuchung stattgefunden habe und das Tierheim momentan eine Rahmenplanung ausarbeite. Der Prozess würde noch einige Monate für die Planung des liegenschaftlichen Bereichs benötigen.

BM **Iik** erläutert, dass das Projekt etwas stocke, da auch das Baurecht betroffen sei. Das Tierheim solle erweitern können, dabei sei aber auch der Schutz der Bewohner zu beachten. Ein erneuter Termin mit dem Tierheim, um das weitere Vorgehen zu besprechen sei vorgesehen.

- Erneuerung Kunstrasenplatz – aktueller Stand

BM **Iik** erklärt, dass die Erneuerung des Kunstrasenplatzes für 2015 vorgesehen sei. Die Mittel seien vom Fachbereich 55 (Sport und Gesundheit) vorgesehen und finanziert. Es werde auch eine vorherige Abstimmung mit den Nutzern erfolgen.

Mitglied **Willner** gibt zu bedenken, dass die Terminplanung für den Sommer 2015 nun bereits erfolge, sodass eine rechtzeitige Benachrichtigung, wann der Platz nicht nutzbar ist, für die Planung von Sportveranstaltungen notwendig sei.

- Renaturierung Neckarufer/ Slipanlage der Feuerwehr – aktueller Stand

BM **Ilk** erläutert, dass es wenig Neuigkeiten zu diesem Thema gebe. Es stünden Haushaltsmittel von rund 1,4 Millionen Euro bereit. Das Vorhaben werde in zwei Bauabschnitte unterteilt. Nur die Schiffsanlegestelle sei im ersten Teil enthalten, nicht jedoch die Slipanlage. Im ersten Quartal 2015 solle nochmals im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt über die verschiedenen Varianten und die Finanzierung diskutiert werden. Zu dieser Sitzung werde auch der Stadteilausschuss eingeladen.

Mitglied **Hoffmann** fragt an, wie weit der Bauabschnitt Süd reiche.

Bürgermeister **Ilk** gibt an, dass dieser bis knapp über die Anlegestelle hinausreiche.

Darüber hinaus gibt Mitglied **Hoffmann** die mögliche Kollision mit der anderen Schifffahrtslinie zu bedenken.

Bürgermeister **Ilk** versichert jedoch, dass man dies entzerren wolle.

Mitglied **Zeltwanger** bittet zu prüfen, ob die Neckarbrücke auch zukünftig für Radfahrer befahrbar werde.

Daraufhin erklärt Bürgermeister **Ilk**, dass dies auch verwaltungsintern diskutiert werde.

Verteiler: 61,D III, 67

TOP 3

Informationsfluss zwischen Stadtverwaltung und Stadteilausschuss

Vorl.Nr. 413/14

Beratungsverlauf:

Mitglied **Gehlen** führt aus, dass es zu Komplikationen wegen Missverständnissen aufgrund des nicht funktionierenden Informationsflusses im Zusammenhang mit der Turnhalle gekommen sei. Zunächst sei das Thema Turnhalle Ostertagstraße nicht auf der Tagesordnung gewesen und es sei unklar, ob dies eine Holschuld der Mitglieder sei. Bei der Sitzung des Ausschusses für Bauen, Umwelt und Technik vom 22.05.2014 sei die Einladung sehr kurzfristig gekommen und die hohe Sanierungssumme habe man erst später erfahren. Man habe daraufhin zwei Mal an die Stadtverwaltung geschrieben, was unbeantwortet geblieben sei. Erst auf einen Antrag im Gemeinderat sei eine Antwort der Verwaltung an den Stadteilausschuss erfolgt. Über einen Ortstermin, bei dem der Gemeinderat eingeladen war, seien Oberbürgermeister Spec und Bürgermeister Ilk in Kenntnis gesetzt worden, hätten jedoch nicht teilgenommen. Man wünsche sich daher eine engere Vernetzung von beiden Seiten.

BM **Ilk** erklärt, dass es sich bei der Sanierung um ein Routineprojekt für die Verwaltung gehandelt habe. Der Stadteilausschuss sei nur wenig beteiligt worden, da man keinen Absprechungsgrund gesehen habe, weil das Gebäude in der Art und Weise stehen bleibe. Bezüglich des Ortstermins habe man die Einladung von Herrn Zeltwanger sehr kurzfristig erhalten. BM Ilk schlägt vor, um eine bessere Kommunikation zu gewährleisten, eine E-Mail zu schicken oder anzurufen.

Mitglied **Gehlen** hält zusätzliche Sitzungen nicht für nötig, möchte aber bei einer großen
Protokollauszug Stadteilausschuss Hoheneck 13.11.2014

Abweichung der Sanierungssumme informiert werden und bereits früh bei Planungen einbezogen werden.

BM **IIk** führt aus, dass die erste Zahl nur eine sehr grobe Schätzung sei und danach genauere Untersuchungen stattfinden. Er schlägt daher vor, zukünftig als regulären Punkt einer Stadtteilausschusssitzung „Unsere Vorhaben im Stadtteil im nächsten Jahr“ aufzunehmen.

Verteiler: GSGR

TOP 4 **Verschiedenes**

Beratungsverlauf:

- Schnellanfrage Mitglied Zeltwanger zum Antrag der Grünen im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt: Gesamtkonzept für die Ganztageskonzeption der Grundschule Hoheneck

BM **IIk** führt an, dass der Antrag im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt abgelehnt worden sei. Die Entscheidung, ob Sanierung oder Neubau der Turnhalle sei auf der Tagesordnung der Gemeinderatssitzung am 19.11.2014. Wenn der Gemeinderat den Neubau beschließe, könne eine Gesamtkonzeption unter Einbindung der Schule und des Stadtteilausschuss erstellt werden.

Mitglied **Zeltwanger** gibt zu bedenken, dass die Container für drei Jahre gemietet seien und diese bereits über ein Jahr stehen würden. Er fragt daher nach dem Terminkonzept.

BM **IIk** erklärt, dass man im Frühjahr 2015 mehr wisse und die Planungen in den Fachbereichen bereits im Hintergrund laufen würden.

Mitglied **Zeltwanger** folgert, dass die Zusage für 2016 nicht mehr einzuhalten sei.

Daraufhin antwortet BM **IIk**, dass dies auf die Art der Baumaßnahme und die eventuell erforderliche Aufstellung eines Bebauungsplans ankomme. Man könne das jetzt noch nicht sicher sagen. Zunächst sei jedoch ein Raumprogramm nötig.

Mitglied **Gehlen** erzählt, dass er mit der Schule und der Elternvertretung darüber gesprochen habe, wie die Ganztageschule aussehen solle. Dies sei nun in den Hintergrund getreten und er bittet um Beschleunigung durch den Fachbereich 48. Man müsse auch die Konzepte abklären.

BM **IIk** wird dies an den Fachbereich weiterleiten und man wolle den Stadtteilausschuss über den Zeitplan auf schriftlichem Wege informieren.

- Beginn der Sitzungen der Stadtteilausschüsse

Mitglied **Willner** fragt an, ob der Beginn der Sitzungen der Stadtteilausschüsse nach hinten verlegt werden könne; 17 oder 18 Uhr wäre für die Mitglieder besser.

Eine entsprechende Änderung ist von der Verwaltung bereits zu Kenntnis genommen worden.

Verteiler: GSGR, 48, 65